Prüfvermerk Einzelfallprüfung final

- 1) In die finale Fassung der Einzelfallprüfung sind die Hinweise des Landkreises Leer (Dok. 011) eingeflossen.

2) Prüfvermerk Einzelfallprüfung final:

Projekt: Bau einer L-Gastransportleitung Nr. 56.00.00, einer H-Gastransportleitung Nr. 55.00.00 und einem Leerrohr von Oude Statenzijl in den Niederlanden bis Landschaftspolder 2 bzw. Landschaftspolder 1 in Deutschland

Leerrohr für Datenkabel: HDPE d 250, Durchmesser DN 50

1. Merkmale des Vorhabens

Größe des Vorhabens:

Leitungen: Gesamtlänge 1250 m, Durchmesser DN400, Medium: Erdgas

Nutzung und Gestaltung von Wasser, Boden, Natur und Landschaft:

- Änderungen an oder Verlegung von Gewässern: Nein, werden unterquert
- Inanspruchnahme von Gehölzen: Nein, werden unterquert
- Visuelle Veränderungen: nur temporär während der Bauphase
- Zerschneidungseffekte: Nein
- Temporäre Absenkung des Grundwassers / Wasserhaltung

Die Ressourcen Boden, Wasser, Natur und Landschaft sind durch das Vorhaben in geringem Umfang und teilweise nur temporär betroffen.

Abfallerzeugung:

Durch das Vorhaben fallen verschiedene Arten von Abfällen an, die ordnungsgemäß entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gesammelt und entsorgt werden. Mit dem Betrieb der Leitungen ist kein Abfallaufkommen verbunden.

Umweltverschmutzung und Belästigung:

Bauphase:

Von einer Umweltverschmutzung und Belästigung durch das Vorhaben kann nicht ausgegangen werden, da erhebliche Geräusch- und sonstige beeinträchtigende Schadstoff-Immissionen aufgrund des relativ geringen Eingriffs, der sich auf temporäre, bauzeitliche Maßnahmen bei den notwendigen Bauarbeiten beschränkt, ausgeschlossen werden können.

Betriebsphase:

Vor Inbetriebnahme werden die Leitungen von einem Sachverständigen auf Festigkeit und Dichtigkeit geprüft.

Durch den Betrieb der Leitungen ist keine Umweltverschmutzung und Belästigung zu erwarten.

Risiken von Störfaktoren, Unfällen und Katastrophen:

- **Verwendete Stoffe und Technologien:**

Beim Einhalten der Vorgaben der anerkannten Regeln der Technik sowie das Beachten der einschlägigen Vorschriften ist kein erhöhtes Unfallrisiko zu erwarten.

- Die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nr. 8 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des gemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes:

Auswirkungen in dieser Hinsicht sind nicht zu befürchten.

2. Standort des Vorhabens:

Bestehende Nutzung des Gebietes:

- **Siedlung:**

Es befindet sich ein Gehöft am nördlichen Rand des Untersuchungsgebietes. Die Unterquerung erfolgt mittels HDD. Eine Beeinträchtigung ist nicht zu erwarten.

- **Erholung:**

Westlich befindet sich ein Vorsorgegebiet für Erholung mit einem bedeutsamen Wander-/Radweg. Auch in diesem Bereich werden die Leitungen unterirdisch mittels HDD verlegt. Eine Beeinträchtigung ist nicht zu erwarten.

- **Land-/Forstwirtschaft:**

Im Bereich der geplanten Trasse herrscht landwirtschaftliche Nutzung vor, weitgehend erfolgt die Verlegung auch in diesem Bereich mittels HDD. Die Beeinträchtigung ist zeitlich begrenzt und nicht als erheblich einzustufen.

- **Sonstige:**

Im östlichen Bereich des Untersuchungsgebietes besteht eine Windkraftanlage. Auch in diesem Bereich erfolgt die Verlegung unterirdisch mittels HDD. Es sind keine Beeinträchtigungen zu erwarten.

Straßen und Wege werden im HDD-Verfahren unterquert. Beeinträchtigungen können somit ausgeschlossen werden.

Bereits bestehende Leitungen: Die Kreuzung dieser Leitungen erfolgt entsprechend den einschlägigen Regeln der Technik und in Abstimmung mit den jeweiligen Leitungsbetreibern.

Der Bereich der Leitungstrasse ist deutlich anthropogen bzw. bergbaulich geprägt.

Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit:

Die Siedlungsdichte im Vorhabengebiet ist gering, im nördlichen Bereich des Untersuchungsgebietes befindet sich ein Gehöft. In diesem Bereich wird im HDD-Verfahren gearbeitet.

Die Erholungsfunktion des Gebietes wird durch die Baumaßnahme temporär beeinträchtigt

Erhebliche das Schutzgut beeinträchtigende Beeinträchtigungen können aufgrund des relativ geringen Eingriffs, der sich auf temporäre, bauzeitliche Maßnahmen bei den notwendigen Bauarbeiten beschränkt, ausgeschlossen werden.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt:

Durch die überwiegende Verlegung der Leitungen im HDD-Verfahren sind die Auswirkungen auf das Schutzgut gering, die Abschnitte, die in offener Bauweise verlegt werden, befinden sich laut Unterlage in vorbelasteten Bereichen am Rand der bestehenden Energieanlagen.

Während der Baumaßnahme kann es zu einer zeitweiligen Beeinträchtigung durch Geräuschmissionen kommen.

Minimierungsmaßnahme: angepasste Bauzeiten

Für das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt“ sind bei Beachtung der bauzeitlichen Regelung keine erheblichen Beeinträchtigungen erkennbar.

Die Ausführungsplanung mit baubedingten Störungen bzw. deren Vermeidung und Minderung der Auswirkungen auf Gastvögel ist im Antragsverfahren entsprechend im Detail darzustellen.

Auf die Beschränkung der Bauzeit auf ein Zeitfenster von Juli bis ca. Januar zur Vermeidung und Minderung erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes ist ausdrücklich einzugehen. Aufgrund des bekannten Vorkommens von Wiesenweihen als Brutvogel in der Umgebung der geplanten Trasse sollte ein Baubeginn frühestens ab Mitte Juli anvisiert werden (ggf. unter vorheriger Kontrolle durch einen Biologen/Landschaftsökologen (oder ähnliche Fachrichtung) bei Abwesenheit von Brutpaaren auch früher). Ebenfalls ist das Vorkommen von Austernfischern bei der Gasstation im Osten bekannt, so dass auch hier durch eine bauzeitliche Beschränkung das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände vermieden werden kann.

Schutzgut Wasser:

Grundwasser:

Laut Antragstellerin ist eine temporäre Wasserhaltung erforderlich. Die Gesamtfördermenge aus allen geplanten Baugruben beträgt ca. 4807 m.

Für die Wasserhaltungsmaßnahmen ist eine Einzelfallprüfung nicht erforderlich, da das Auslösekriterium der Nr. 13.3.3 (5000 m³) der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) nicht erreicht wird.

Oberflächengewässer:

Westerwoldse Aa und Wymeerer Sieltief werden im HDD-Verfahren unterquert.

Im Bereich des geplanten Vorhabens liegen keine Trinkwasser- oder Wasserschutzgebiete.

Die Beeinträchtigung des Schutzgutes „Wasser“ kann als nicht wesentlich eingestuft werden.

Schutzgut Boden:

Das Bereich des Trassenverlaufs befindet sich hauptsächlich in landwirtschaftlich genutztem Gebiet (Ackerflächen). Größtenteils werden die Leitungen im HDD-Verfahren verlegt. Bei den Abschnitten, die in offener Bauweise verlegt werden, wird während der Bauphase ein Arbeitsstreifen von ca. 23 m benötigt.

In den Abschnitten der Leitungsverlegung in offener Bauweise kommt es zu einer temporären Beeinträchtigung.

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:

- Getrennte Lagerung von Oberboden und Grabenaushub sowie nach der Verlegung der Leitung schichtengleicher Wiedereinbau des Bodenaushubs
- Verlegung von Fahrplatten und/oder Baggermatratzen
- Bodenlockerung nach Beendigung der Bauarbeiten

Hinweis:

Die Stellungnahme des Landkreises Leer vom 15.11.2016 an Lindschulte Ingenieurgesellschaft Hinsichtlich der abfall- und bodenschutzrechtlichen Belange (geplante Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen; Art, Menge und Erkundung der Schadstoffbelastung der anfallenden Abfälle sowie der Umgang mit diesen; fachkundige Baubegleitung; Kompensationserfordernis usw.) ist zu berücksichtigen!

Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes „Boden“ ist unter Berücksichtigung der bodenschützenden Maßnahmen nicht gegeben.

Schutzgut Klima und Luft:

Temporär kann es zu Beeinträchtigungen durch Stäube/Abgase während der Bauarbeiten kommen. Erhebliche beeinträchtigende Auswirkungen auf das Schutzgut „Klima / Luft“ können aufgrund des relativ kleinen Wirkungsraums und der zeitlichen Begrenzung des Eingriffs ausgeschlossen werden.

Schutzgut Landschaft:

Vor allem intensiv genutzte Ackerflächen prägen die Landschaft in der Umgebung der geplanten Leitungstrasse.

Beeinträchtigungen sind nur temporär durch die Baumaßnahmen zu erwarten (Baumaschinen, zwischengelagerter Boden), die beanspruchten Flächen werden entsprechend ihrer vorherigen Nutzung wiederhergestellt.

Nach der Verlegung sind die Leitungen nicht mehr sichtbar.

Die Verlegung der Leitung führt zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes „Landschaft“.

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter:

Im Bereich Heerenweg (vermutlich historischer Deich) befindet sich eine archäologische Verdachtsfläche!

Hinweis: Stellungnahme des Landkreises Leer (Dok. 011)

Wechselwirkungen:

Da die Beeinträchtigung auf die einzelnen Faktoren als nicht erheblich einzustufen ist, können Wechselwirkungen ausgeschlossen werden.

Betroffene Biotoptypen:

Es überwiegen Ackerflächen, die weniger empfindlich Lebensräume darstellen.

Wertgebende naturnahe Strukturen sind Gehölzbestände und die Gewässer im Bereich der geplanten Leitungstrasse. In diesen Bereichen wird die Verlegung im HDD-Verfahren stattfinden.

Schutzgebietstypen:

Es sind keine Schutzgebiete durch das geplante Vorhaben betroffen.

Kumulierung mit gleichartigen Vorhaben:

Es befinden sich in der Umgebung der geplanten Trasse einige bergbauliche Anlagen in Form von unterirdischen Leitungen. Damit zusammenhängende Arbeiten wie z. Bsp. Wartung, Kontrollen oder Reparaturen sind i. d. R. örtlich und zeitlich begrenzt. Eine kumulative Wirkung mit der geplanten Leitungsverlegung ist diesen Arbeiten nicht zuzuschreiben.

Ergebnis der UVP-Vorprüfung:

Die Einschätzung des Antragstellers, dass die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt nicht erheblich sind, ist nachvollziehbar.

Erhebliche Beeinträchtigungen und Veränderungen entstehen nicht, die Auswirkungen sind außerdem teilweise nur auf die Bauphase begrenzt. Betriebsbedingt sind keine Beeinträchtigungen durch die Leitungen zu erwarten.

Die Hinweise aus der Stellungnahme des Landkreises Leer sind in den Prüfvermerk aufgenommen worden und werden dem Antragsteller weitergegeben und den Kollegen des zuständigen Genehmigungsreferates zur Kenntnis gebracht.

Es ergibt sich aus der Sicht des LBEG keine Notwendigkeit, eine UVP durchzuführen.

Clausthal-Zellerfeld, 10.04.2017

LBEG

i. A. Zimmermann